

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/183

24. September 1971

Spiel mit der Angst

Die Unionsparteien sind auf einem gefährlichen Weg

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Kompliziertes Rettungswesen

Wer hat das Ei des Columbus?

Von Horst Seefeld SPD-MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsverkehrsausschusses

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Konservierte Zersplitterung

Mangelhafte Umweltschutzplanung in Schleswig-Holstein

Seite 5 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 5, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 888 848/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Spiel mit der Angst

Die Unionsparteien sind auf einem gefährlichen Weg

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Der Bundesbürger schaut mit Vertrauen in die Zukunft. Neueste Umfrageergebnisse zeigen, daß die Angst vor kriegerischen Entwicklungen im Jahre 1971 deutlich abgenommen hat. Während sich 1963 noch 45 vH. der Bundesbürger auf die Frage "Muß man Angst haben, daß ein neuer Krieg kommt?" bejahend äußerten, 1968 nach der Intervention der UdSSR in der CSSR verständlicherweise immerhin noch 43 vH., sind es heute nur noch rund 27 vH. Logischerweise hat sich in der gleichen Zeit die Zahl jener, die "beruhigt in die Zukunft sehen", nahezu proportional zu den ersten Umfrageergebnissen erhöht. Waren 1963 nur 21 vH. der Bevölkerung bereit, mit Zuversicht ihre persönliche Existenz aufzubauen, so sind es heute immerhin 42 vH.

Es lohnt sich, über diese Fakten einmal nachzudenken. Das elementare Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung war immer ein spezieller Ansatzpunkt für die Wahlstrategie der Unionsparteien. Man braucht sich nur an die Wahlen 1953, 1957, 1961 zu erinnern, in denen die Furcht vor militärischen Verwicklungen - hervorgerufen durch internationale Krisen - von der CDU/CSU für ihre Wahlkampfstrategie mißbraucht wurde. Die Unionsparteien verstanden es in jenen Jahren sehr geschickt, die allgemeine Existenzangst breiter Teile der Bevölkerung für ihre eigenen Ziele zu nutzen.

Nun, die politische Szenerie hat sich gewandelt. Die sozial-liberale Regierungskoalition hat dem Spiel mit der Angst ein Ende bereitet. Wir sind dabei, die Barrieren des Kalten Krieges in Europa zu überwinden. In enger Zusammenarbeit mit unseren westlichen Verbündeten und Freunden sind wir bemüht - und der Erfolg gibt uns recht - unser Verhältnis im Sinne des Friedens

und der Verständigung zu unseren östlichen Nachbarn zu regeln. Die Bevölkerung hat diese neue Sachlage erkannt. Sie weiß, daß uns weder mit schönen Reden geholfen werden kann, noch mit politischen Deklamationen, sondern nur durch harte politische Arbeit und den unbedingten Willen, unseren Teil dazu beizutragen, daß in Europa nie wieder Krieg geführt wird.

1969 hat die Bevölkerung der Bundesrepublik ihre demokratische Reifeprüfung bestanden. Die Unionsparteien sollten sich hüten, diese demokratische Reife in Zweifel zu ziehen, in dem sie - wie gestern in der Debatte des Bundestages sehr deutlich wurde - erneut das Spiel mit der Angst betreiben. Die Opposition muß sich überlegen, sowohl im eigenen wie im nationalen Interesse, ob die Taktik der Verunsicherung in diesem Augenblick angebracht ist. Es dürfte historische Bedeutung und Dimension haben, daß ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da diese Bundesregierung in engster Kooperation mit ihren Verbündeten versucht, die Folgen des Zweiten Weltkrieges im Rahmen des Möglichen zu überwinden, die Opposition in Obstruktion verharret.

Die Gründe für diese Haltung kann man nur vermuten. Offensichtlich ist aber, daß die beiden Unionsparteien unter zielstrebiger Leitung von Strauß nicht nur im innenpolitischen Bereich immer weiter nach rechts rücken.

Offensichtlich ist auch, daß die personellen Machtkämpfe in der CDU/CSU negative Auswirkungen haben auf die notwendigen Sachentscheidungen. Unverantwortlich ist schließlich, daß wahlkampfstrategische Gesichtspunkte und personelle Entscheidungen dazu führen, daß die Beziehungen der Opposition zu unseren Verbündeten schwer getrübt werden. Das liegt weder im Interesse der Nation noch dem der Opposition.

(-/ex/24.9.1971/ks)

+ + +

Kompliziertes Rettungswesen

Wer hat das Ei des Columbus?

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsverkehrsausschusses

Aus einem norddeutschen Bundesland wurde vor kurzem ein neuer Vorschlag zur Verbesserung des Rettungswesens in der Bundesrepublik gemacht. Ein Landtagsabgeordneter hat - wie eine Zeitung meldete - "das Ei des Columbus gefunden":

1/ An allen Autobahnen und Bundesstraßen soll ein Netz von Unfallstationen aufgebaut und mit Ersatzdienstleitenden besetzt werden.

2/ Ein selbständiger Straßenrettungsdienst soll errichtet werden, dessen Kernzellen die Straßenmeistereien sein könnten.

Zunächst muß vermerkt werden, daß jede Stimme eines Landtags-Parlamentariers, der sich um die Unfallverletzten und -toten Sorgen macht, bei denen mit freundlichem Wohlwollen registriert wird, die dieses mühevollen Unterfangen seit Jahren mit unermüdlichem Einsatz betreiben. Schließlich pochen gerade die Länder auf ihre Rechte und die Unfallrettung gehört in der Bundesrepublik in deren Zuständigkeit.

Trotzdem sollten alle, die sich um die Verbesserung der jetzigen Situation bemühen, den bisherigen Zustand kennen und realistisch bei der Bekanntgabe von möglichen Lösungsvorschlägen bleiben. Der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages hat so gehandelt. Er hat in einem öffentlichen Hearing vor kurzem in Bonn alle wesentlichen Hilfsorganisationen, Institutionen und Vertreter der Landesregierungen angehört. In der ersten Sitzungswoche nach den Parlamentsferien werden in einer Ausschußsitzung die Forderungen der Verkehrspolitik an die Bundesregierung fixiert. In einer Plenarsitzung hat der Bundestag einige Zeit später Gelegenheit, sich dann mit dem Bericht des Verkehrsausschusses auseinanderzusetzen. Soweit zum bisherigen Stand der parlamentarischen Bemühungen um das deutsche Rettungswesen.

Zum Vorschlag aus dem Norden bleibt zu bemerken, daß seit

einiger Zeit der Gesetzgeber sich bereits mit der Frage, ob Ersatzdienstleistende auch in die Arbeit der Unfallretter einbezogen werden können beschäftigt. Ein abschliessendes Urteil ist zur Zeit noch nicht möglich. Eine neue Organisation aufzubauen erscheint überflüssig, denn die bestehenden Organisationen haben ihre Erfahrungen und Verdienste. Notwendig ist das Finden einer gerechten Form der Zusammenarbeit, die die sinnvolle Koordination aller bisher Tätigen voraussetzt. Darüberhinaus muß ein für das ganze Bundesgebiet einheitliches Rettungswesen geschaffen werden. Daran wird zur Zeit in einem Bund-Länder-Ausschuß gearbeitet. Das bedeutet, daß auch an einer Organisationsform längst gearbeitet wird.

Der Vorschlag, die Autobahn- und Straßenmeistereien in das Rettungssystem künftig einzugliedern, geht an den neueren Erkenntnissen vorbei. Zwar hat jede Straßenmeisterei bislang schon einen sogenannten Rettungsraum, - und das sollte auch künftig so bleiben, um in bestimmten Fällen auch dort Hilfe leisten zu können - doch besteht die Absicht, den Rettungsdienst nicht an Straßenmeistereien, sondern an die Kliniken und Krankenhäusern anzubinden. Auch bezüglich der bisherigen Notfallmeldung ist die Notwendigkeit erkannt, Notrufe statt zu den Straßenmeistereien direkt zu Notrufzentralen (Einsatzleitstellen) zu leiten. Bislang muß von den Autobahnmeistereien ein dort von der Autobahn eingehender Anruf über ein anderes Nachrichtensystem weitergegeben werden. Zeitverluste sind dabei nicht zu vermeiden, sodaß sich bei der geplanten Neuregelung des gesamten Rettungswesens eine andere Form als erforderlich erweist. Dabei muß erwähnt werden, daß eine Umstellung mit großen Kosten verbunden ist und deshalb als letzte aller notwendigen Maßnahmen in Frage kommt.

Das Sachgebiet Rettungswesen ist kompliziert. Über den bisherigen Zustand zu klagen oder zu schimpfen ist leicht, praktikable Vorschläge zu unterbrechen ist - wie auch aus dem Beispiel des norddeutschen Landtagsabgeordneten hervorgeht - etwas schwerer, selbst wenn der gute Wille besteht. (-/wr/24.9.1971/ks)

Konservierte Zersplitterung

Mangelhafte Umweltschutzplanung in Schleswig-Holstein

Die sozialdemokratische Opposition hat im schleswig-holsteinischen Landtag die CDU-geführte Landesregierung aufgefordert, den Umweltschutz in einem Ressort verantwortlich zusammenzufassen. In einer Erklärung der SPD-Fraktion heißt es dazu, daß nur eine "Schaltstelle" in der Lage sei, "die Kompetenzen zusammenzufassen und die Ressorts überspringenden Aufgaben und Maßnahmen auf dem Gebiet der Umwelteinflüsse und Landschaftspflege für Forschung, Wirtschaft und Politik zu koordinieren". Es müsse geprüft werden, ob ein Landesamt für Umweltschutz geschaffen werden müsse.

In der Tat hat die Kieler CDU-Regierung nach der Landtagswahl vom 25. April die Chance nicht genutzt, den Umweltschutz in einem Ministerium zusammenzufassen, wie es etwa in Bayern im Ressort für Umweltschutz und Landesplanung der Fall ist. Stattdessen halten die einzelnen Ministerien an ihren Zuständigkeiten eisern fest. Die Zersplitterung wird konserviert. Die Tatsache, daß dem Sozialministerium die Federführung übertragen worden ist, kann daran nichts ändern. In einem entsprechenden Organisationserlaß der Kieler Regierung besteht nur die Verpflichtung, dieses Ministerium zu informieren.

Es gibt in Schleswig-Holstein nach wie vor die Kuriosität, daß im Wirtschaftsministerium die Luftaufsicht geführt wird, während der Immissionschutz beim Sozialminister liegt. Das Innenministerium soll zwar Investitionen für den Umweltschutz finanziell fördern, aber Gewässerschutz und Abfallbeseitigung gehören nach wie vor zum Landwirtschaftsministerium. Es liegt auf der Hand, daß auf diese Weise schon in der Verwaltungsebene erhebliche Reibungsverluste auftreten müssen.

Die SPD-Opposition hat ferner mit einer kleinen Anfrage einen konkreten Vorstoß in Sachen Müllkippen unternommen. Sie will wissen, ob auf diesen Kippen Abfälle festgestellt worden sind, die zur Bevölkerungsgefährdung führen. Gleich darauf teilte das Landwirtschaftsministerium mit, es arbeite an einem "Generalplan zur Müllbeseitigung" für das Land. Es ist klar, daß die Initiativen für ein solches Gesetz beim Landwirtschaftsministerium liegen. Die Ausarbeitung eines solchen Gesetzes müßte jedoch einer Schaltstelle für Umweltschutz übertragen werden, so wie es die SPD-Opposition verlangt hat.

(cc/wr/24.9.1971/ks)